

EINLADUNG ZUR ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG 2023

Mittwoch, den 28. Juni 2023, 10.00 Uhr

in den Räumlichkeiten der Niederer Kraft Frey AG, Bahnhofstrasse 53, CH-8001 Zürich.

1. Genehmigung des Lageberichts, der Jahresrechnung und der Konzernrechnung 2022 sowie Entgegennahme der Berichte der Revisionsstelle

Der Verwaltungsrat beantragt die Genehmigung von Lagebericht, Jahresrechnung und Konzernrechnung 2022.

Erläuterungen: Die Generalversammlung ist zuständig für die Genehmigung des Lageberichts, der Jahresrechnung sowie der Konzernrechnung. Die Revisionsstelle Deloitte AG hat in ihren Berichten an die Generalversammlung die Jahresrechnung und die Konzernrechnung ohne Einschränkung bestätigt.

2. Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresergebnisses und Dividende mittels Ausschüttung aus den Kapitalreserven

Der Wechselkurs der Bilanz beträgt EUR in CHF 0,9847 (Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag). Der Wechselkurs der Erfolgsrechnung beträgt EUR in CHF 1,0052 (Durchschnittskurs für das Geschäftsjahr 2022).

in TEUR / TCHF	2022	2022
	TEUR	TCHF
Bilanzverlust am Anfang des Geschäftsjahres	66.556	71.582
Gewinnverwendung gemäß Beschluss der Generalversammlung	0	0
Entnahme aus den Reserven aus Kapitaleinlagen	5.000	5.065
Ausschüttung an Aktionäre	-5.000	-5.065
Jahresverlust	- 2.286	- 2.298
Bilanzgewinn	64.270	69.284

in TEUR / TCHF	2022	2022
	Antrag des Verwaltungsrates	Antrag des Verwaltungsrates
	TEUR	TCHF
Bilanzgewinn	64.270	69.284
Zuweisung an die gesetzlichen Gewinnreserven	0	0
Entnahme aus den gesetzlichen Gewinnreserven	0	0
Zuweisung an die gesetzlichen Kapitalreserven	0	0
Entnahme aus der gesetzlichen Kapitalreserve	13.750	13.540
Ausschüttung an Aktionäre	- 13.750	- 13.540
Vortrag auf neue Rechnung	64.270	69.284

2.1 Verwendung des Jahresergebnisses

Der Verwaltungsrat beantragt, den Bilanzgewinn in Höhe von 64.270 TEUR (69.284 TCHF) auf die neue Rechnung vorzutragen.

Erläuterungen: Der Antrag auf Verwendung des Jahresergebnisses basiert auf der von der Revisionsstelle geprüften und unter Traktandum 1 zur Genehmigung vorgeschlagenen Jahresrechnung.

2.2 Dividende mittels Ausschüttung aus den Kapitalreserven

Der Verwaltungsrat beantragt eine Dividende mittels Ausschüttung aus den Kapitalreserven in Höhe von EUR 0,55 (CHF 0,54) je Aktie und 13.750 TEUR (13.540 TCHF) insgesamt.

Erläuterungen: Der Antrag auf Dividende mittels Ausschüttung aus den Kapitalreserven basiert auf der von der Revisionsstelle geprüften und unter Traktandum 1 zur Genehmigung vorgeschlagenen Jahresrechnung.

3. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Konzernleitung

Der Verwaltungsrat beantragt die Erteilung der Entlastung an die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Konzernleitung.

Erläuterungen: Die Entlastung der verantwortlichen Organe stellt nach Gesetz eine unübertragbare Befugnis der Generalversammlung dar.

4. Wahlen

4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl der folgenden Mitglieder des Verwaltungsrates je für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung:

- Herrn Georg Denoke
- Herrn Manfred Hahl
- Herrn Clemens Prändl
- Frau Sylvia Schorr
- Herrn Dr. Philippe Weber

Erläuterungen: Sämtliche bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrates stehen für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung. Ein Lebenslauf aller Verwaltungsratsmitglieder ist im Abschnitt „Corporate Governance“ des Geschäftsberichts 2022 enthalten und online unter <https://www.edag.com/de/edag-group/investor-relations/finanzberichte> abrufbar.

4.2 Verwaltungsratspräsident

Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl von Herrn Georg Denoke als Präsident des Verwaltungsrates für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

Erläuterungen: Herr Georg Denoke steht für eine weitere Amtsdauer als Präsident des Verwaltungsrates zur Verfügung.

4.3 Nominations- und Vergütungsausschuss

Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl der folgenden Mitglieder des Nominations- und Vergütungsausschusses je für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung

- Herrn Georg Denoke
- Herrn Dr. Philippe Weber

Erläuterungen: Sämtliche bisherigen Mitglieder des Vergütungsausschusses stehen für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung. Der Verwaltungsrat beabsichtigt, Herrn Georg Denoke als Vorsitzenden des Nominations- und Vergütungsausschusses zu ernennen, vorbehaltlich seiner Wahl als Mitglied des Ausschusses.

4.4 Unabhängiger Stimmrechtsvertreter

Der Verwaltungsrat beantragt die Wahl von ADROIT Anwälte, Zürich, als unabhängige Stimmrechtsvertreterin für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

Erläuterungen: ADROIT Anwälte hat bestätigt, das Mandat im Falle einer Wahl für eine weitere Amtsdauer auszuüben.

4.5 Revisionsstelle

Der Verwaltungsrat beantragt die Wahl von Deloitte AG, Zürich, als Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2023.

Erläuterungen: Die Deloitte AG hat bestätigt, das Mandat im Falle einer Wahl auch für das Geschäftsjahr 2023 auszuüben.

5. Genehmigung der Vergütung des Verwaltungsrates und der Konzernleitung

5.1 Vergütung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat beantragt die Genehmigung des Gesamtbetrages der Vergütung des Verwaltungsrates bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung in Höhe von maximal EUR 1.100.000,00.

Erläuterungen: Die Grundsätze der Vergütung des Verwaltungsrates sind in Art. 25 der Statuten aufgeführt. Diese sind unter <https://www.edag.com/de/edag-group/das-unternehmen/corporate-governance> abrufbar. Der beantragte maximale Gesamtbetrag für die Vergütung des Verwaltungsrates bleibt unverändert zum Vorjahr.

5.2 Fixe Vergütung der Konzernleitung

Der Verwaltungsrat beantragt die Genehmigung des Gesamtbetrages der fixen Vergütung der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von maximal EUR 1.300.000,00.

Erläuterungen: Die Grundsätze der Vergütung der Konzernleitung sind in Art. 26 der Statuten aufgeführt. Diese sind unter <https://www.edag.com/de/edag-group/das-unternehmen/corporate-governance> abrufbar. Der beantragte maximale Gesamtbetrag für die fixe Vergütung der Konzernleitung bleibt unverändert zum Vorjahr.

5.3 Variable Vergütung der Konzernleitung

Der Verwaltungsrat beantragt die Genehmigung der variablen Vergütung der Konzernleitung (einschliesslich etwaiger Sozialversicherungsbeiträge) für das Geschäftsjahr 2022 in der Höhe von EUR 601.323,76.

Erläuterungen: Die Grundsätze der Vergütung der Konzernleitung sind in Art. 26 der Statuten aufgeführt. Einzelheiten zur Vergütung der Konzernleitung finden sich im Abschnitt „Vergütungsbericht“ des Geschäftsberichts 2022, welcher online unter <https://www.edag.com/de/edag-group/investor-relations/finanzberichte> abrufbar ist.

6. Änderung der Statuten (Anpassung an das neue Aktiengesetz)

Erläuterungen: Der Verwaltungsrat beantragt, die Statuten der EDAG Engineering Group AG zu ändern, um diese an das revidierte Aktienrecht anzupassen, welches am 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist. Der Wortlaut der zur Änderung vorgeschlagenen Artikel der Statuten findet sich im Anhang zu dieser Einladung als Gegenüberstellung des bisherigen und des neuen Wortlauts der zu ändernden Artikel. Die vorgeschlagenen Anpassungen sind markiert. Der Anhang zur Einladung ist in der Publikation der Einladung im Schweizerischen Handelsamtsblatt und im elektronischen Bundesanzeiger enthalten.

6.1 Statutenänderung in Zusammenhang mit Aktionärsrechten und der Durchführung der Generalversammlung

Der Verwaltungsrat beantragt, Artikel 6, Artikel 7, Artikel 9, Artikel 11, Artikel 20 und Artikel 31 der Statuten der EDAG Engineering Group AG wie im Anhang zu dieser Einladung aufgeführt zu ändern.

Erläuterungen: Mit dem revidierten Aktienrecht werden die Aktionärsrechte gestärkt – insbesondere auch im Zusammenhang mit der Durchführung von Generalversammlungen – und die Regelungen betreffend die Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung werden modernisiert und an die heutigen technischen Möglichkeiten angepasst. In diesem Zusammenhang wird die Änderung der nachfolgenden bisherigen Statutenbestimmungen beantragt: Artikel 6 (Versammlungen), Artikel 7 (Einberufung), Artikel 9 (Traktanden), Artikel 11 (Beschlussfassung), Artikel 20 (Revisionspflicht, Wahl und Einsetzung der Revisionsstelle und ihre Aufgaben) und Artikel 31 (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

6.2 Statutenänderung betreffend die Kompetenz des Verwaltungsrates und redaktionelle Änderungen

Der Verwaltungsrat beantragt, Artikel 2, Artikel 5, Artikel 10, Artikel 17, Artikel 18, Artikel 28, Artikel 32 und Artikel 33 der Statuten der EDAG Engineering Group AG wie im Anhang zu dieser Einladung aufgeführt zu ändern.

Erläuterungen: Mit dem revidierten Aktienrecht werden dem Verwaltungsrat in beschränktem Umfang neue Aufgaben zugewiesen und der Katalog der unübertragbaren Aufgaben des Verwaltungsrates wird leicht ergänzt, ohne aber vollständig zu sein. Weiter entfällt die Pflicht zur

Wahl eines Verwaltungsratssekretärs. In diesem Zusammenhang wird die Änderung der nachfolgenden bisherigen Statutenbestimmungen beantragt: Artikel 17 (Aufgaben) und Artikel 18 (Organisation, Protokolle).

Weiter beantragt der Verwaltungsrat redaktionelle Änderungen. In diesem Zusammenhang wird die Änderung der nachfolgenden bisherigen Statutenbestimmungen beantragt: Änderung der Artikel 2 (Zweck; Änderung nur in der englischen Version), Artikel 5 (Befugnisse; Änderung nur in der deutschen Version), Artikel 10 (Vorsitz, Protokolle; Änderung nur in der englischen Version), und Artikel 28 (Darlehen, Kredite, Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge, Sicherheiten; Änderung nur in der deutschen Version). Weiter werden Artikel 32 (Beabsichtigte Sachübernahme) und Artikel 33 (Gründungskosten) gelöscht, da diese Statutenbestimmungen unter dem neuen Recht nicht mehr erforderlich sind.

6.3 Statutenänderung betreffend die Vergütung und damit zusammenhängender Bestimmungen

Der Verwaltungsrat beantragt, Artikel 23, Artikel 24 und Artikel 29 der Statuten der EDAG Engineering Group AG wie im Anhang zu dieser Einladung aufgeführt zu ändern.

Erläuterungen: Im Zusammenhang mit dem revidierten Aktienrecht wurde auch die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften in das Schweizer Obligationenrecht überführt, mit einigen Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht. In diesem Zusammenhang wird die Änderung der nachfolgenden bisherigen Statutenbestimmungen beantragt, um die Änderungen unter dem neuen Recht zu reflektieren: Artikel 23 (Zulässige weitere Tätigkeiten), Artikel 24 (Verträge, die den Vergütungen für Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung zugrunde liegen) und Artikel 29 (Zusatzbetrag für Vergütungen für neue Mitglieder der Geschäftsleitung).

UNTERLAGEN

Der Geschäftsbericht 2022 mit Lagebericht und Jahresrechnung 2022, die Berichte der Revisionsstelle, sowie die Konzernrechnung und der Vergütungsbericht liegen seit dem 30. März 2023 am Sitz der Gesellschaft in Arbon zur Einsichtnahme durch die Aktionäre auf oder können auch unter <https://www.edag.com/de/edag-group/investor-relations/finanzberichte> eingesehen werden.

ZUTRITTSKARTE

Aktionäre, die an der Generalversammlung teilnehmen möchten, können ihre Zutrittskarte bis am 23. Juni 2023 über ihre jeweilige Depotbank oder bei der Gesellschaft gegen Überlassung eines Ausweises, der die Hinterlegung der Aktie(n) bei einer Bank bescheinigt, beziehen.

Depotbanken können die Zutrittskarten bis 23. Juni 2023 über die Gesellschaft oder die SEGETIS AG bestellen.

Aktionäre können sich nach Erhalt der Unterlagen entscheiden, persönlich an der Generalversammlung teilzunehmen, sich vertreten zu lassen oder sich mittels Vollmachten und Weisungen an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter zu beteiligen.

ERTEILUNG VON VOLLMACHTEN UND WEISUNGEN

Für die Vollmachtserteilung sind die Zutrittskarten zu unterzeichnen und dem Bevollmächtigten zu übergeben. Aktionäre können sich durch den unabhängigen Stimmrechtsvertreter im Sinne von Art. 689c OR, ADROIT Anwälte, Kalchbühlstrasse 4, CH-8038 Zürich, vertreten lassen.

Zur Erteilung einer Vollmacht an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter, ADROIT Anwälte, Kalchbühlstrasse 4, CH-8038 Zürich, ist das Vollmachtsformular mit den Weisungen zur Abstimmung in dem den Generalversammlungs-Unterlagen beigefügten Couvert an die SEGETIS AG zu retournieren. Schriftliche Vollmachten müssen **spätestens am 27. Juni 2023** bei der SEGETIS AG eingehen. Sofern keine anderslautende schriftliche Weisung erteilt wird, ist der unabhängige Stimmrechtsvertreter angewiesen, sich der Stimme zu enthalten. Dies gilt auch für den Fall, dass an der Generalversammlung über Anträge abgestimmt wird, welche nicht in der Einladung aufgeführt sind.

ELEKTRONISCHE BEVOLLMÄCHTIGUNG UND INSTRUKTIONEN DES UNABHÄNGIGEN STIMMRECHTSVERTRETERS

Vollmachten und Weisungen an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter können zudem unter <https://edag.netvote.ch> elektronisch erteilt werden. Die dazu nötigen Login-Daten werden den Aktionären zusammen mit den schriftlichen Unterlagen zur Generalversammlung zugestellt.

Die elektronische Teilnahme bzw. allfällige Änderungen elektronisch abgegebener Weisungen sind **bis spätestens Dienstag, 27. Juni 2023, 16:00 Uhr möglich**.

Mit einer Vollmachtserteilung oder der Wahrnehmung der elektronischen Stimm- und Wahlrechtsausübung hat der Aktionär keinen Anspruch auf zusätzliche persönliche Teilnahme an der Generalversammlung.

Die Gesellschaft verfügt über insgesamt 25.000.000 Aktien und 25.000.000 Stimmrechte.

Arbon, den 04. Mai 2023

Der Verwaltungsrat

EDAG Engineering Group AG
Schlossgasse 2
CH – 9320 Arbon
Tel. +41 71 5443311
Fax +41 71 5443310
ir@edag-group.ag

<http://ir.edag.com/websites/edag/German/0/investor-relations.html>

Annex zu der Einladung: Vorgeschlagene Änderungen der Statuten

Die folgenden Tabellen zeigen die vorgeschlagenen Änderungen der Statuten der EDAG Engineering Group AG (die „Statuten“) in der zum Zeitpunkt der Generalversammlung 2023 geltenden Fassung. Die linken Spalten der Tabellen zeigen die aktuelle Fassung der Statuten mit Hervorhebung der vorgeschlagenen Änderungen. Die rechten Spalten der Tabellen enthalten die bereinigte Fassung der Statuten nach und vorbehaltlich der Genehmigung durch die ordentliche Generalversammlung vom 28. Juni 2023. Artikel der Statuten, an denen keine Änderungen vorgenommen werden, sind in den untenstehenden Tabellen nicht enthalten. Die englische Fassung der Statuten beginnt auf Seite 5.

Statuten an der Generalversammlung

Artikel 2: Zweck

[Redaktionelle Änderung nur in der englischen Fassung.]

A. GENERALVERSAMMLUNG

Artikel 5: Befugnisse

Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung. Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Festsetzung und Änderung der Statuten;
2. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrats, des Präsidenten des Verwaltungsrats, der Mitglieder des Nominations- und Vergütungsausschusses, der Revisionsstelle und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters;
3. Genehmigung der Jahresrechnung sowie die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns, insbesondere die Festsetzung der Dividende;
4. Genehmigung der Gesamtbeträge der maximalen Vergütungen des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung gemäss Artikel 25 und 26 der Statuten;
5. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
6. Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind oder ihr durch den Verwaltungsrat vorgelegt werden.

Artikel 6: Versammlungen

Die ordentliche Generalversammlung findet jedes Jahr innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt. Zeitpunkt und Ort werden durch den Verwaltungsrat bestimmt.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen, so oft es notwendig ist, insbesondere in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen.

Zu ausserordentlichen Generalversammlungen hat der Verwaltungsrat innerhalb von **zwei Monaten 60 Tagen** einzuladen, wenn Aktionäre, die mindestens **zehn fünf** Prozent des Aktienkapitals **oder der Stimmen** vertreten, schriftlich und unter Angabe der Verhandlungsgegenstände und der Anträge eine Einberufung verlangen.

Artikel 7: Einberufung

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen. Das Einberufungsrecht steht auch den Liquidatoren zu.

Die Einladung erfolgt mindestens 20 Tage vor der Versammlung durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt sowie für alle während der Dauer der Zulassung von Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer anderen deutschen Wertpapierbörse erfolgenden Einladungen im elektronischen Bundesanzeiger. In der Einladung sind neben Tag, Zeit, **Art** und Ort der Versammlung, **der Name und die**

Neue Version der Statuten

Artikel 2: Zweck

[Redaktionelle Änderung nur in der englischen Fassung.]

A. GENERALVERSAMMLUNG

Artikel 5: Befugnisse

Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung. Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Festsetzung und Änderung der Statuten;
2. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrats, des Präsidenten des Verwaltungsrats, der Mitglieder des Nominations- und Vergütungsausschusses, der Revisionsstelle und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters;
3. Genehmigung der Jahresrechnung sowie die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns, insbesondere die Festsetzung der Dividende;
4. Genehmigung der Gesamtbeträge der maximalen Vergütungen des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung gemäss Artikel 25 und 26 der Statuten;
5. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
6. Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind oder ihr durch den Verwaltungsrat vorgelegt werden.

Artikel 6: Versammlungen

Die ordentliche Generalversammlung findet jedes Jahr innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt. Zeitpunkt und Ort werden durch den Verwaltungsrat bestimmt.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen, so oft es notwendig ist, insbesondere in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen.

Zu ausserordentlichen Generalversammlungen hat der Verwaltungsrat innerhalb von 60 Tagen einzuladen, wenn Aktionäre, die mindestens fünf Prozent des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, schriftlich und unter Angabe der Verhandlungsgegenstände und der Anträge eine Einberufung verlangen.

Artikel 7: Einberufung

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen. Das Einberufungsrecht steht auch den Liquidatoren zu.

Die Einladung erfolgt mindestens 20 Tage vor der Versammlung durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt sowie für alle während der Dauer der Zulassung von Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer anderen deutschen Wertpapierbörse erfolgenden Einladungen im elektronischen Bundesanzeiger. In der Einladung sind neben Tag, Zeit, Art und Ort der Versammlung, der Name und die Adresse

Adresse des unabhängigen Stimmrechtsvertreters, die Verhandlungsgegenstände sowie die Anträge des Verwaltungsrates **samt kurzer Begründung** und **allfällige Anträge** der Aktionäre **samt kurzer Begründung** bekanntzugeben, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangen haben.

Der Verwaltungsrat bestimmt den Tagungsort der Generalversammlung und die Form der Durchführung. Es können für eine Generalversammlung mehrere Tagungsorte festgelegt werden.

Der Verwaltungsrat kann vorsehen, dass Aktionäre, die nicht am Ort der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können. Der Verwaltungsrat kann auch auf die Festlegung eines Tagungsorts verzichten und die Durchführung einer rein virtuellen Generalversammlung anordnen.

Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind **den Aktionären** der Geschäftsbericht und der **die** Revisionsberichte am Sitz der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre aufzulegen **zugänglich zu machen. Sofern die Unterlagen nicht elektronisch zugänglich sind, kann jeder Aktionär verlangen, dass ihm diese rechtzeitig zugestellt werden.** In der Einberufung zur Generalversammlung ist auf diese Auflegung und auf das Recht der Aktionäre hinzuweisen, die Zustellung dieser Unterlagen verlangen zu können.

Artikel 9: Traktanden

Der Verwaltungsrat nimmt die Traktandierung der Verhandlungsgegenstände vor.

Aktionäre, die einzeln oder zusammen mindestens **drei 0.5** Prozent des Aktienkapitals **oder der Stimmen** der Gesellschaft vertreten, können vom Verwaltungsrat die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes **oder die Aufnahme von Anträgen zu Verhandlungsgegenständen in die Einberufung der Generalversammlung** verlangen. Das **Solche** Begehren um Traktandierung ist **sind** mindestens 45 Tage vor der Generalversammlung schriftlich unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und **oder** der Anträge an den Präsidenten des Verwaltungsrates einzureichen. **Mit der Traktandierung oder den Anträgen können die Aktionäre eine kurze Begründung einreichen.**

Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen, welche auch nicht im Zusammenhang mit einem gehörig traktandierten Verhandlungsgegenstand stehen, können keine Beschlüsse gefasst werden, ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen.

Artikel 10: Vorsitz, Protokolle

[Redaktionelle Änderung nur in der englischen Fassung.]

Artikel 11: Beschlussfassung

In der Generalversammlung berechtigt jede Aktie zu einer Stimme.

Jeder Aktionär kann sich vom unabhängigen Stimmrechtsvertreter **oder mittels Erteilung einer schriftlichen Vollmacht an einen Dritten seiner Wahl** vertreten lassen. Der Verwaltungsrat bestimmt die Anforderungen an Vollmachten und Weisungen.

Soweit nicht das Gesetz oder die Statuten abweichende Bestimmungen enthalten, fasst die Generalversammlung ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen, leer eingelegte Stimmen und ungültige Stimmen bei der Berechnung des Mehrs nicht berücksichtigt werden.

Kommt im ersten Wahlgang eine Wahl nicht zustande, ordnet der Vorsitzende eine zweite Abstimmung an, bei der eine relative Mehrheit entscheidet.

Die Wahlen von Mitgliedern des Verwaltungsrats und des Nominations- und Vergütungsausschusses erfolgen jeweils einzeln.

Der Vorsitzende hat keinen Stichentscheid.

Der Vorsitzende bestimmt das Abstimmungsverfahren. Erfolgen die Wahlen nicht elektronisch, haben sie mittels Stimmzettel zu erfolgen, wenn mindestens 50 anwesende Aktionäre dies per Handzeichen verlangen.

Artikel 17: Aufgaben

Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. Oberleitung der Gesellschaft und Erteilung der nötigen Weisungen;
2. Festlegung der Organisation;
3. Ausgestaltung des Rechnungswesens, des internen Kontrollsystems (IKS), der Finanzkontrolle und der Finanzplanung, die Genehmigung des Jahresbudgets und der Business Pläne, die Durchführung einer Risikobeurteilung;
4. Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen und Regelung der Zeichnungsberechtigung;
5. Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
6. Erstellung des Geschäftsberichtes sowie Vorbereitung der Generalversammlung und Ausführung ihrer Beschlüsse;
7. Erstellung des Vergütungsberichts;
8. **Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und** Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung;
9. Beschlussfassung über die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht vollständig liberierte Aktien;
10. Beschlussfassung über die **Feststellung von Kapitalerhöhungsveränderungen, soweit diese in der Kompetenz des Verwaltungsrats liegt**, und daraus folgende Statutenänderungen;
11. Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend Einsetzung, Wahl und fachliche Voraussetzungen der Revisionsstelle;
12. Abschluss von Verträgen gemäss Artikel 12, 36 und 70 des Fusionsgesetzes.
13. **Wahrnehmung weiterer unübertragbarer und unentziehbarer Aufgaben, soweit gesetzlich vorgeschrieben.**

Ist das Amt des Präsidenten des Verwaltungsrats vakant, ist der Nominations- und Vergütungsausschuss nicht vollständig besetzt oder hat die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter, so ernennt der Verwaltungsrat jeweils für die Dauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung einen Ersatz, welcher – mit Ausnahme des unabhängigen Stimmrechtsvertreters – ein Mitglied des Verwaltungsrats sein muss.

Artikel 18: Organisation, Protokolle

Sitzungsordnung, Beschlussfähigkeit (Präsenz) und Beschlussfassung des Verwaltungsrates richten sich nach dem Organisationsreglement.

Der Vorsitzende hat den Stichentscheid.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom ~~Sekretär des Verwaltungsrates~~ **Protokollführer** zu unterzeichnen.

Physische Sitzungen des Verwaltungsrates finden in der Regel am Ort des Sitzes der Gesellschaft statt.

des unabhängigen Stimmrechtsvertreters, die Verhandlungsgegenstände sowie die Anträge des Verwaltungsrates samt kurzer Begründung und allfällige Anträge der Aktionäre samt kurzer Begründung bekanntzugeben.

Der Verwaltungsrat bestimmt den Tagungsort der Generalversammlung und die Form der Durchführung. Es können für eine Generalversammlung mehrere Tagungsorte festgelegt werden.

Der Verwaltungsrat kann vorsehen, dass Aktionäre, die nicht am Ort der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können. Der Verwaltungsrat kann auch auf die Festlegung eines Tagungsorts verzichten und die Durchführung einer rein virtuellen Generalversammlung anordnen.

Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind den Aktionären der Geschäftsbericht und die Revisionsberichte zugänglich zu machen. Sofern die Unterlagen nicht elektronisch zugänglich sind, kann jeder Aktionär verlangen, dass ihm diese rechtzeitig zugestellt werden.

Artikel 9: Traktanden

Der Verwaltungsrat nimmt die Traktandierung der Verhandlungsgegenstände vor.

Aktionäre, die einzeln oder zusammen mindestens 0.5 Prozent des Aktienkapitals oder der Stimmen der Gesellschaft vertreten, können vom Verwaltungsrat die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes oder die Aufnahme von Anträgen zu Verhandlungsgegenständen in die Einberufung der Generalversammlung verlangen. Solche Begehren sind mindestens 45 Tage vor der Generalversammlung schriftlich unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und/oder der Anträge an den Präsidenten des Verwaltungsrates einzureichen. Mit der Traktandierung oder den Anträgen können die Aktionäre eine kurze Begründung einreichen.

Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen, welche auch nicht im Zusammenhang mit einem gehörig traktandierten Verhandlungsgegenstand stehen, können keine Beschlüsse gefasst werden, ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen.

Artikel 10: Vorsitz, Protokolle

[Redaktionelle Änderung nur in der englischen Fassung.]

Artikel 11: Beschlussfassung

In der Generalversammlung berechtigt jede Aktie zu einer Stimme.

Jeder Aktionär kann sich vom unabhängigen Stimmrechtsvertreter oder mittels Erteilung einer schriftlichen Vollmacht an einen Dritten seiner Wahl vertreten lassen. Der Verwaltungsrat bestimmt die Anforderungen an Vollmachten und Weisungen.

Soweit nicht das Gesetz oder die Statuten abweichende Bestimmungen enthalten, fasst die Generalversammlung ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen, leer eingelegte Stimmen und ungültige Stimmen bei der Berechnung des Mehrs nicht berücksichtigt werden.

Kommt im ersten Wahlgang eine Wahl nicht zustande, ordnet der Vorsitzende eine zweite Abstimmung an, bei der eine relative Mehrheit entscheidet.

Die Wahlen von Mitgliedern des Verwaltungsrats und des Nominations- und Vergütungsausschusses erfolgen jeweils einzeln.

Der Vorsitzende hat keinen Stichentscheid.

Der Vorsitzende bestimmt das Abstimmungsverfahren. Erfolgen die Wahlen nicht elektronisch, haben sie mittels Stimmzettel zu erfolgen, wenn mindestens 50 anwesende Aktionäre dies per Handzeichen verlangen.

Artikel 17: Aufgaben

Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. Oberleitung der Gesellschaft und Erteilung der nötigen Weisungen;
2. Festlegung der Organisation;
3. Ausgestaltung des Rechnungswesens, des internen Kontrollsystems (IKS), der Finanzkontrolle und der Finanzplanung, die Genehmigung des Jahresbudgets und der Business Pläne, die Durchführung einer Risikobeurteilung;
4. Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen und Regelung der Zeichnungsberechtigung;
5. Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
6. Erstellung des Geschäftsberichtes sowie Vorbereitung der Generalversammlung und Ausführung ihrer Beschlüsse;
7. Erstellung des Vergütungsberichts;
8. **Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und** Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung;
9. Beschlussfassung über die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht vollständig liberierte Aktien;
10. Beschlussfassung über Kapitalveränderungen, soweit diese in der Kompetenz des Verwaltungsrats liegt, und daraus folgende Statutenänderungen;
11. Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend Einsetzung, Wahl und fachliche Voraussetzungen der Revisionsstelle;
12. Abschluss von Verträgen gemäss Artikel 12, 36 und 70 des Fusionsgesetzes.
13. **Wahrnehmung weiterer unübertragbarer und unentziehbarer Aufgaben, soweit gesetzlich vorgeschrieben.**

Ist das Amt des Präsidenten des Verwaltungsrats vakant, ist der Nominations- und Vergütungsausschuss nicht vollständig besetzt oder hat die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter, so ernennt der Verwaltungsrat jeweils für die Dauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung einen Ersatz, welcher – mit Ausnahme des unabhängigen Stimmrechtsvertreters – ein Mitglied des Verwaltungsrats sein muss.

Artikel 18: Organisation, Protokolle

Sitzungsordnung, Beschlussfähigkeit (Präsenz) und Beschlussfassung des Verwaltungsrates richten sich nach dem Organisationsreglement.

Der Vorsitzende hat den Stichentscheid.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

Physische Sitzungen des Verwaltungsrates finden in der Regel am Ort des Sitzes der Gesellschaft statt.

C. REVISIONSSTELLE

Artikel 20: Revisionspflicht, Wahl und Einsetzung der Revisionsstelle und ihre Aufgaben

Die Generalversammlung wählt eine Revisionsstelle gemäss den Bestimmungen dieses Artikels. Die Revisionsstelle ist in das Handelsregister einzutragen.

Die Gesellschaft hat ihre Jahresrechnung durch eine Revisionsstelle ordentlich prüfen zu lassen.

Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen und der Generalversammlung eine Revisionsstelle zur Wahl vorzuschlagen, welche die entsprechenden Anforderungen insbesondere hinsichtlich fachlicher Qualifikation und Unabhängigkeit gemäss den Vorschriften des Obligationenrechts (Artikel 727 ff.) und Revisionsaufsichtsgesetzes vom 16. Dezember 2005 in der jeweiligen Fassung erfüllt.

Die Amtsdauer der Revisionsstelle beträgt 1 Jahr. Ihr Amt endet mit der Abnahme der letzten Jahresrechnung. Wiederwahl und Abberufung **aus wichtigen Gründen** sind jederzeit möglich.

Die Revisionsstelle hat die Rechte und Pflichten gemäss Artikel 728 ff. OR.

Artikel 23: Zulässige weitere Tätigkeiten

Die Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen je die folgenden **Tätigkeiten in vergleichbaren Funktionen bei anderen Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck ausüben**, ~~weitere Tätigkeiten in den obersten Leistungs- oder Verwaltungsorganen von Rechtseinheiten ausüben, die verpflichtet sind, sich in das Handelsregister oder in ein entsprechendes ausländisches Register einzutragen~~ und die nicht durch die Gesellschaft kontrolliert werden, die Gesellschaft nicht kontrollieren oder die nicht Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sind, die Mitarbeiter der Gruppe versichert:

1. maximal 10 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften, die als Publikumsgesellschaften gemäss Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 1 OR gelten; sowie zusätzlich
2. maximal 15 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften im Sinne von Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 2 OR; sowie zusätzlich
3. maximal 20 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Rechtseinheiten, welche die obgenannten Kriterien nicht erfüllen; sowie zusätzlich
4. maximal 10 Mandate in Vereinen, gemeinnützigen Stiftungen sowie Personalfürsorgestiftungen.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung dürfen mit Genehmigung des Nominations- und Vergütungsausschusses je die folgenden weiteren Tätigkeiten **in vergleichbaren Funktionen bei anderen Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck ausüben**, ~~in den obersten Leistungs- oder Verwaltungsorganen von Rechtseinheiten ausüben, die verpflichtet sind, sich in das Handelsregister oder in ein entsprechendes ausländisches Register einzutragen~~, und die nicht durch die Gesellschaft kontrolliert werden, die Gesellschaft nicht kontrollieren oder die nicht Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sind, die Mitarbeiter der Gruppe versichert:

1. maximal 2 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften, die als Publikumsgesellschaften gemäss Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 1 OR gelten; sowie zusätzlich
2. maximal 3 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften im Sinne von Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 2 OR; sowie zusätzlich
3. maximal 5 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane in weiteren Rechtseinheiten, welche die obgenannten Kriterien nicht erfüllen.

Sowohl hinsichtlich der zusätzlichen Tätigkeiten der Mitglieder des Verwaltungsrats als auch der Geschäftsleitung gelten mehrere Mandate bei Gesellschaften, die unter einheitlicher Kontrolle oder gleicher wirtschaftlicher Berechtigung stehen, als ein Mandat.

Artikel 24: Verträge die den Vergütungen für Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung zugrunde liegen

Die Mandatsverträge der Mitglieder des Verwaltungsrats sind befristet bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Vorbehalten bleiben vorzeitige Rücktritte oder Abwahlen.

Die Arbeitsverträge der Mitglieder der Geschäftsleitung sind grundsätzlich unbefristet. Ist aus Sicht des Verwaltungsrats eine Befristung angezeigt, so darf die feste Dauer maximal 1 Jahr betragen. Bei unbefristeten Arbeitsverträgen darf die Kündigungsfrist 12 Monate nicht übersteigen.

Die Vereinbarung von Konkurrenzverboten für die Zeit nach Beendigung eines Arbeitsvertrags ist zulässig, **soweit dies geschäftsmässig begründet ist**. Zur Abgeltung eines solchen Konkurrenzverbots darf ~~während höchstens eines Jahres~~ eine Entschädigung ausgerichtet werden, deren Höhe **insgesamt den Durchschnitt der Vergütungen, die diesem Mitglied während der letzten drei Geschäftsjahre vor Ausscheiden ausbezahlt wurden, nicht übersteigen**. ~~den Betrag der letzten vor Ausscheiden an dieses Mitglied ausbezahlten fixen jährlichen Vergütung nicht übersteigen darf.~~

Artikel 28: Darlehen, Kredite, Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge, Sicherheiten

Die Gesellschaft darf den Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung keine Darlehen, Kredite oder Sicherheiten gewähren.

Die Gesellschaft oder andere Konzerngesellschaften können Mitgliedern der Geschäftsleitung Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge ausrichten. Der Betrag der Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge pro betroffenem Mitglied der Geschäftsleitung darf bei einer einmaligen Kapitalleistung das Zehnfache des letzten ausbezahlten fixen Jahresgehalts oder bei einer Rentenleistung das letzte ausbezahlte fixe Jahresgehalt pro Jahr nicht übersteigen.

Für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden grundsätzlich keine Beiträge an Pensionskassen oder anderweitige Vorsorgeeinrichtungen erbracht. Solche Beiträge können im Ausnahmefall auf Antrag des Nominations- und Vergütungsausschusses und mit Genehmigung der Generalversammlung ausgerichtet werden, falls die betreffenden Mitglieder kein anderweitig versicherbares Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit erzielen oder sofern es aufgrund zwingenden Rechts erforderlich ist.

Artikel 29: Zusatzbetrag für Vergütungen für neue Mitglieder der Geschäftsleitung

Soweit neue Mitglieder der Geschäftsleitung ernannt ~~oder Mitglieder innerhalb der Geschäftsleitung befördert~~ werden und ihre Stelle antreten, nachdem die Generalversammlung die maximale Gesamtvergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung für das kommende Geschäftsjahr genehmigt hat, darf diesen neuen ~~oder beförderten~~ Mitgliedern für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung eine Gesamtvergütung von je maximal 50% der von der Generalversammlung letztmals für die Geschäftsleitung genehmigten Gesamtvergütung ausgerichtet werden.

Dieser Zusatzbetrag darf nur verwendet werden, wenn der von der Generalversammlung beschlossene Gesamtbetrag der Vergütungen der Geschäftsleitung bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung nicht ausreicht für Vergütungen der neuen ~~oder beförderten~~ Mitglieder. Über den verwendeten Zusatzbetrag stimmt die Generalversammlung nicht ab.

C. REVISIONSSTELLE

Artikel 20: Revisionspflicht, Wahl und Einsetzung der Revisionsstelle und ihre Aufgaben

Die Generalversammlung wählt eine Revisionsstelle gemäss den Bestimmungen dieses Artikels. Die Revisionsstelle ist in das Handelsregister einzutragen.

Die Gesellschaft hat ihre Jahresrechnung durch eine Revisionsstelle ordentlich prüfen zu lassen.

Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu überwachen und der Generalversammlung eine Revisionsstelle zur Wahl vorzuschlagen, welche die entsprechenden Anforderungen insbesondere hinsichtlich fachlicher Qualifikation und Unabhängigkeit gemäss den Vorschriften des Obligationenrechts (Artikel 727 ff.) und Revisionsaufsichtsgesetzes vom 16. Dezember 2005 in der jeweiligen Fassung erfüllt.

Die Amtsdauer der Revisionsstelle beträgt 1 Jahr. Ihr Amt endet mit der Abnahme der letzten Jahresrechnung. Wiederwahl und Abberufung aus wichtigen Gründen sind jederzeit möglich.

Die Revisionsstelle hat die Rechte und Pflichten gemäss Artikel 728 ff. OR.

Artikel 23: Zulässige weitere Tätigkeiten

Die Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen je die folgenden Tätigkeiten in vergleichbaren Funktionen bei anderen Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck ausüben, die nicht durch die Gesellschaft kontrolliert werden, die Gesellschaft nicht kontrollieren oder die nicht Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sind, die Mitarbeiter der Gruppe versichert:

1. maximal 10 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften, die als Publikumsgesellschaften gemäss Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 1 OR gelten; sowie zusätzlich
2. maximal 15 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften im Sinne von Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 2 OR; sowie zusätzlich
3. maximal 20 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Rechtseinheiten, welche die obgenannten Kriterien nicht erfüllen; sowie zusätzlich
4. maximal 10 Mandate in Vereinen, gemeinnützigen Stiftungen sowie Personalfürsorgestiftungen.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung dürfen mit Genehmigung des Nominations- und Vergütungsausschusses je die folgenden weiteren Tätigkeiten in vergleichbaren Funktionen bei anderen Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck ausüben, die nicht durch die Gesellschaft kontrolliert werden, die Gesellschaft nicht kontrollieren oder die nicht Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sind, die Mitarbeiter der Gruppe versichert:

1. maximal 2 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften, die als Publikumsgesellschaften gemäss Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 1 OR gelten; sowie zusätzlich
2. maximal 3 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane von Gesellschaften im Sinne von Artikel 727 Abs. 1 Ziffer 2 OR; sowie zusätzlich
3. maximal 5 Mandate als Verwaltungsratsmitglied oder als Mitglied anderer oberster Leitungs- oder Verwaltungsorgane in weiteren Rechtseinheiten, welche die obgenannten Kriterien nicht erfüllen.

Sowohl hinsichtlich der zusätzlichen Tätigkeiten der Mitglieder des Verwaltungsrats als auch der Geschäftsleitung gelten mehrere Mandate bei Gesellschaften, die unter einheitlicher Kontrolle oder gleicher wirtschaftlicher Berechtigung stehen, als ein Mandat.

Artikel 24: Verträge die den Vergütungen für Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung zugrunde liegen

Die Mandatsverträge der Mitglieder des Verwaltungsrats sind befristet bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Vorbehalten bleiben vorzeitige Rücktritte oder Abwahlen.

Die Arbeitsverträge der Mitglieder der Geschäftsleitung sind grundsätzlich unbefristet. Ist aus Sicht des Verwaltungsrats eine Befristung angezeigt, so darf die feste Dauer maximal 1 Jahr betragen. Bei unbefristeten Arbeitsverträgen darf die Kündigungsfrist 12 Monate nicht übersteigen.

Die Vereinbarung von Konkurrenzverboten für die Zeit nach Beendigung eines Arbeitsvertrags ist zulässig, soweit dies geschäftsmässig begründet ist. Zur Abgeltung eines solchen Konkurrenzverbots darf eine Entschädigung ausgerichtet werden, deren Höhe insgesamt den Durchschnitt der Vergütungen, die diesem Mitglied während der letzten drei Geschäftsjahre vor Ausscheiden ausbezahlt wurden, nicht übersteigen.

Artikel 28: Darlehen, Kredite, Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge, Sicherheiten

Die Gesellschaft darf den Mitgliedern des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung keine Darlehen, Kredite oder Sicherheiten gewähren.

Die Gesellschaft oder andere Konzerngesellschaften können Mitgliedern der Geschäftsleitung Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge ausrichten. Der Betrag der Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge pro betroffenem Mitglied der Geschäftsleitung darf bei einer einmaligen Kapitalleistung das Zehnfache des letzten ausbezahlten fixen Jahresgehalts oder bei einer Rentenleistung das letzte ausbezahlte fixe Jahresgehalt pro Jahr nicht übersteigen.

Für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden grundsätzlich keine Beiträge an Pensionskassen oder anderweitige Vorsorgeeinrichtungen erbracht. Solche Beiträge können im Ausnahmefall auf Antrag des Nominations- und Vergütungsausschusses und mit Genehmigung der Generalversammlung ausgerichtet werden, falls die betreffenden Mitglieder kein anderweitig versicherbares Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit erzielen oder sofern es aufgrund zwingenden Rechts erforderlich ist.

Artikel 29: Zusatzbetrag für Vergütungen für neue Mitglieder der Geschäftsleitung

Soweit neue Mitglieder der Geschäftsleitung ernannt werden und ihre Stelle antreten, nachdem die Generalversammlung die maximale Gesamtvergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung für das kommende Geschäftsjahr genehmigt hat, darf diesen neuen Mitgliedern für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung eine Gesamtvergütung von je maximal 50% der von der Generalversammlung letztmals für die Geschäftsleitung genehmigten Gesamtvergütung ausgerichtet werden.

Dieser Zusatzbetrag darf nur verwendet werden, wenn der von der Generalversammlung beschlossene Gesamtbetrag der Vergütungen der Geschäftsleitung bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung nicht ausreicht für Vergütungen der neuen Mitglieder. Über den verwendeten Zusatzbetrag stimmt die Generalversammlung nicht ab.

Die Gesellschaft darf im Rahmen dieses Zusatzbetrags einem neu eintretenden Mitglied der Geschäftsleitung eine Antrittsprämie zum Ausgleich von durch den Stellenwechsel erlittenen nachweisbaren finanziellen Nachteilen gewähren. Reicht der Zusatzbetrag zum Ausgleich der genannten Nachteile / zur Zahlung der Antrittsprämie nicht aus, so ist der den Zusatzbetrag übersteigenden Betrag der Antrittsprämie durch die nächste ordentliche Generalversammlung zu genehmigen.

Artikel 31: Mitteilungen und Bekanntmachungen

Publikationsorgan der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt sowie der elektronische Bundesanzeiger **bzw. das Unternehmensregister** während der Dauer der Zulassung von Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer anderen deutschen Wertpapierbörse. Der Verwaltungsrat kann weitere Publikationsorgane bestimmen.

Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre sowie andere Bekanntmachungen erfolgen durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt sowie für alle während der Dauer der Zulassung von Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer anderen deutschen Wertpapierbörse erfolgenden Mitteilungen bzw. Bekanntmachungen im elektronischen Bundesanzeiger **bzw. Unternehmensregister**.

VIII.- WEITERE BESTIMMUNGEN

Art. 32: Beabsichtigte Sachübernahme

~~Die Gesellschaft beabsichtigt, nach der Gründung von der ATON GmbH (HRB 193331), eine Gesellschaft mit Sitz in München (Deutschland), sämtliche Aktien an der EDAG Engineering Schweiz Sub-Holding AG mit Sitz in Arbon (vormals EDAG Engineering Group AG, CHE-138.660.530), namentlich 25'000'000 Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 1.00 ohne Gegenleistung (d.h. Zuschuss in die Reserven aus Kapitaleinlagen) zu übernehmen.~~

Art. 33: Gründungskosten

~~Die Gesellschaft trägt die Kosten der Gründung im geschätzten Gesamtbetrag von bis zu CHF 500'000.~~

Die Gesellschaft darf im Rahmen dieses Zusatzbetrags einem neu eintretenden Mitglied der Geschäftsleitung eine Antrittsprämie zum Ausgleich von durch den Stellenwechsel erlittenen nachweisbaren finanziellen Nachteilen gewähren. Reicht der Zusatzbetrag zum Ausgleich der genannten Nachteile / zur Zahlung der Antrittsprämie nicht aus, so ist der den Zusatzbetrag übersteigenden Betrag der Antrittsprämie durch die nächste ordentliche Generalversammlung zu genehmigen.

Artikel 31: Mitteilungen und Bekanntmachungen

Publikationsorgan der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt sowie der elektronische Bundesanzeiger bzw. das Unternehmensregister während der Dauer der Zulassung von Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer anderen deutschen Wertpapierbörse. Der Verwaltungsrat kann weitere Publikationsorgane bestimmen.

Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre sowie andere Bekanntmachungen erfolgen durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt sowie für alle während der Dauer der Zulassung von Aktien der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer anderen deutschen Wertpapierbörse erfolgenden Mitteilungen bzw. Bekanntmachungen im elektronischen Bundesanzeiger bzw. Unternehmensregister.

Statuten – Englische Version

Statuten an der Generalversammlung

Article 2: Purpose

The purpose of the Company is to acquire, hold and manage and sell participations in enterprises of any kind in Switzerland and abroad, in particular participations in the area of engineering and design of vehicles, components of vehicles, means of transport in the mobility industry, industrial products, design, construction, manufacture and testing of vehicle prototypes, as well as construction, modification and equipment of vehicles in small series, the construction and production of machinery, equipment and tools as well as the planning and construction of facilities for the production of vehicles, components of vehicles and all means of transport and parts for the mobility industry as well as industrial products and all similar businesses, as well as all-in-one solutions and the development of hard- and software.

The Company may acquire, mortgage, utilize and sell real estate properties and intellectual property rights in Switzerland and abroad as well as incorporate and finance subsidiaries and branches.

The Company may engage in all kinds of commercial and financial transactions that are beneficial for the realization of its purpose, in particular provide and take out loans, issue bonds, provide suretyships and guarantees, provide collateral as well as make investments in all marketable investment classes.

A. GENERAL MEETING

Article 5: Authorities

[Editorial changes in the German version only.]

Article 6: Meetings

The ordinary General Meeting shall be held annually within six months after the close of the business year. The Board of Directors determines the time and location of the General Meeting

Extraordinary General Meetings shall be called as often as necessary, in particular, in all cases required by law.

Extraordinary General Meetings shall be convened by the Board of Directors within ~~2~~ **60 months days** if shareholders representing at least ~~ten~~ **five** percent of the share capital **or the votes** request such meeting in writing, setting forth the items to be discussed and the proposals to be decided upon.

Article 7: Notice

General Meetings shall be convened by the Board of Directors and, if need be, by the Auditors. The liquidators shall also be entitled to convene a General Meeting.

Notice of the General Meeting shall be given by publication in the Swiss Official Gazette of Commerce and in the Electronic Federal Gazette for all notices during the period of the admission of the shares on the Frankfurt Stock Exchange or any other German stock exchange at least 20 days before the date of the meeting. The notice shall state the day, time, **form** and place of the Meeting, the agenda, the proposals of the Board of Directors **with a short explanation of each** and, **if applicable**, the proposals of the shareholders **with a short explanation of each** who have requested the General Meeting or that an item be included on the agenda.

The Board of Directors shall determine the venue of the General Meeting and the form in which it is to be held. Several venues may be determined for one General Meeting.

The Board of Directors may provide that shareholders who are not present at the venue of the General Meeting may exercise their rights by electronic means. The Board of Directors may also waive the determination of a meeting location and order the holding of a purely virtual General Meeting.

The annual business report and the Auditors' reports ~~must be submitted for examination by~~ **shall be made available to** the shareholders at the registered office of the Company at least 20 days prior to the date of the ordinary General Meeting. **If the documents are not electronically accessible, any shareholder may request that they be sent to them in good time.** Reference to such submission and to the shareholders' right to request the conveying of these documents to them shall be included in the notice to the General Meeting.

Neue Version der Statuten

Article 2: Purpose

The purpose of the Company is to acquire, hold and manage and sell participations in enterprises of any kind in Switzerland and abroad, in particular participations in the area of engineering and design of vehicles, components of vehicles, means of transport in the mobility industry, industrial products, design, construction, manufacture and testing of vehicle prototypes, as well as construction, modification and equipment of vehicles in small series, the construction and production of machinery, equipment and tools as well as the planning and construction of facilities for the production of vehicles, components of vehicles and all means of transport and parts for the mobility industry as well as industrial products and all similar businesses, as well as all-in-one solutions and the development of hard- and software.

The Company may acquire, mortgage, utilize and sell real estate properties and intellectual property rights in Switzerland and abroad as well as incorporate and finance subsidiaries and branches.

The Company may engage in all kinds of commercial and financial transactions that are beneficial for the realization of its purpose, in particular provide and take out loans, issue bonds, provide suretyships and guarantees, provide collateral as well as make investments in all marketable investment classes.

A. GENERAL MEETING

Article 5: Authorities

[Editorial changes in the German version only.]

Article 6: Meetings

The ordinary General Meeting shall be held annually within six months after the close of the business year. The Board of Directors determines the time and location of the General Meeting

Extraordinary General Meetings shall be called as often as necessary, in particular, in all cases required by law.

Extraordinary General Meetings shall be convened by the Board of Directors within 60 days if shareholders representing at least five percent of the share capital or the votes request such meeting in writing, setting forth the items to be discussed and the proposals to be decided upon.

Article 7: Notice

General Meetings shall be convened by the Board of Directors and, if need be, by the Auditors. The liquidators shall also be entitled to convene a General Meeting.

Notice of the General Meeting shall be given by publication in the Swiss Official Gazette of Commerce and in the Electronic Federal Gazette for all notices during the period of the admission of the shares on the Frankfurt Stock Exchange or any other German stock exchange at least 20 days before the date of the meeting. The notice shall state the day, time, form and place of the Meeting, the agenda, the proposals of the Board of Directors with a short explanation of each and, if applicable, the proposals of the shareholders with a short explanation of each.

The Board of Directors shall determine the venue of the General Meeting and the form in which it is to be held. Several venues may be determined for one General Meeting.

The Board of Directors may provide that shareholders who are not present at the venue of the General Meeting may exercise their rights by electronic means. The Board of Directors may also waive the determination of a meeting location and order the holding of a purely virtual General Meeting.

The annual business report and the Auditors' reports shall be made available to the shareholders at least 20 days prior to the date of the ordinary General Meeting. If the documents are not electronically accessible, any shareholder may request that they be sent to them in good time.

Article 9: Agenda

The Board of Directors shall state the items on the agenda.

Shareholders individually or jointly representing at least ~~three~~ **0.5** percent of the share capital **or the votes** of the Company may demand that items be put on the agenda **or that proposals to items be included in the notice convening the General Meeting**. Such demands have to be submitted to the Chairman of the Board of Directors at least 45 days before the date of the General Meeting and shall be in writing, specifying the item **and/or** the proposals. **Shareholders may submit a brief statement of reasons together with the agenda items or proposals.**

No resolution shall be passed on items proposed only at the General Meeting and which have no bearing on any of the proposed items of the agenda, apart from those exceptions permitted by law.

Article 10: Chair, Minutes

The General Meeting shall be chaired by the Chairman of the Board of Directors, or, in his absence, by another member of the Board of Directors selected by the Board of Directors, or by another chairman elected for that day by the General Meeting (the „Chairman“).

The Chairman designates a **Secretary keeper of the minutes** for the minutes as well as the scrutineers who do not need to be shareholders.

The Board of Directors is responsible for the keeping of the minutes, which are to be signed by the Chairman and by the **Secretary keeper of the minutes**.

Article 11: Resolutions

At the General Meeting, each share entitles to one vote.

Each shareholder may be represented by the Independent Proxy **or by means of a written proxy by any other person of such shareholder's choice**. The Board of Directors determines the requirements regarding proxies and voting instructions.

Unless stated otherwise by applicable law or these Articles of Association, the General Meeting shall pass its resolutions and carry out its elections with the simple majority of the votes cast, whereby abstentions, empty votes and invalid votes will not be taken into account for the calculation of the required majority.

If the first ballot fails to result in an election, the Chairman shall order a second ballot in which a relative majority shall be decisive.

The members of the Board of the Directors and the members of the Nomination and Compensation Committee are elected individually.

The Chairman shall have no casting vote.

The Chairman shall determine the voting procedure. If the voting is not done electronically, voting shall be by ballot provided that at least 50 of the shareholders present so demand by a show of hands.

Artikel Article 17: Duties

The Board of Directors has the following non-transferable and irrevocable duties:

1. to ultimately direct the Company and issue the necessary directives;
2. to determine the organization;
3. to organize the accounting, the internal control system (ICS), the financial control and the financial planning, the approval of the annual budget and business plans and to perform a risk assessment;
4. to appoint and recall the persons entrusted with the management and representation of the Company and to grant signatory power;
5. to ultimately supervise the persons entrusted with the management, in particular with respect to compliance with the law, the Articles of Association, regulations and directives;
6. to prepare the business report, as well as the General Meeting and to implement the latter's resolutions;
7. to prepare the compensation report;
8. **to submit a petition for a debt-restructuring moratorium and to inform the judge in the event of over-indebtedness;**
9. to pass resolutions regarding the subsequent payment of capital with respect to non-fully paid-in shares;
10. to pass resolutions **on the change of the share capital, to the extent that such power is vested in the Board of Directors**, ~~confirming increases in share capital~~ and regarding the **consequential** amendments to the Articles of Association entailed thereby;
11. to examine compliance with the legal requirements regarding the appointment, election and the professional qualifications of the Auditors;
12. to execute the agreements pursuant to Articles 12, 36 and 70 of the Merger Act.
13. **Performing other non-transferable and inalienable duties as provided by law.**

If the office of the Chairman of the Board of Directors is vacant, the Nomination and Compensation Committee is not complete or the Company does not have an Independent Proxy, the Board of Directors shall appoint a substitute for the time period until the conclusion of the next ordinary General Meeting that must be - with the exception of the Independent Proxy - a member of the Board of Directors.

Article 18: Organization, Minutes

The organization of the meetings, the presence quorum and the passing of resolutions of the Board of Directors shall be in compliance with the organizational regulations.

The chairperson shall have the casting vote.

Minutes shall be kept of the deliberations and resolutions of the Board of Directors. The minutes shall be signed by the Chairman and **the keeper of the minutes** ~~Secretary of the Board of Directors~~.

As a rule, physical meetings of the Board of Directors shall take place at the premises of the Company's registered office.

C. THE AUDITORS

Article 20: Duty of Audit, Election, Appointment and Duties of Auditors

The General Meeting shall elect the Auditors pursuant to the provisions of this Article. The Auditors must be registered in the Commercial Register.

The Auditors shall perform a regular audit of the Company's annual financial statements.

The Board of Directors shall monitor compliance with these provisions and nominate for election by the General Meeting such Auditors which meet the respective requirements, in particular, regarding qualification and independence pursuant to the provisions of the CO (Articles 727 et seq.) and the Swiss Audit Supervision Act of 16 December 2005 in the relevant applicable version.

The Auditors' term of office shall be 1 year. It shall end with the approval of the last annual financial accounts. Re-election and revocation **for cause** are possible at any time.

The Auditors' rights and obligations are those foreseen in Articles 728 et seq. CO.

Article 9: Agenda

The Board of Directors shall state the items on the agenda.

Shareholders individually or jointly representing at least 0.5 percent of the share capital or the votes of the Company may demand that items be put on the agenda or that proposals to items be included in the notice convening the General Meeting. Such demands have to be submitted to the Chairman of the Board of Directors at least 45 days before the date of the General Meeting and shall be in writing, specifying the item and/or the proposals. Shareholders may submit a brief statement of reasons together with the agenda items or proposals.

No resolution shall be passed on items proposed only at the General Meeting and which have no bearing on any of the proposed items of the agenda, apart from those exceptions permitted by law.

Article 10: Chair, Minutes

The General Meeting shall be chaired by the Chairman of the Board of Directors, or, in his absence, by another member of the Board of Directors selected by the Board of Directors, or by another chairman elected for that day by the General Meeting (the „Chairman“).

The Chairman designates a keeper of the minutes for the minutes as well as the scrutineers who do not need to be shareholders.

The Board of Directors is responsible for the keeping of the minutes, which are to be signed by the Chairman and by the keeper of the minutes.

Article 11: Resolutions

At the General Meeting, each share entitles to one vote.

Each shareholder may be represented by the Independent Proxy or by means of a written proxy by any other person of such shareholder's choice. The Board of Directors determines the requirements regarding proxies and voting instructions.

Unless stated otherwise by applicable law or these Articles of Association, the General Meeting shall pass its resolutions and carry out its elections with the simple majority of the votes cast, whereby abstentions, empty votes and invalid votes will not be taken into account for the calculation of the required majority.

If the first ballot fails to result in an election, the Chairman shall order a second ballot in which a relative majority shall be decisive.

The members of the Board of the Directors and the members of the Nomination and Compensation Committee are elected individually.

The Chairman shall have no casting vote.

The Chairman shall determine the voting procedure. If the voting is not done electronically, voting shall be by ballot provided that at least 50 of the shareholders present so demand by a show of hands.

Article 17: Duties

The Board of Directors has the following non-transferable and irrevocable duties:

1. to ultimately direct the Company and issue the necessary directives;
2. to determine the organization;
3. to organize the accounting, the internal control system (ICS), the financial control and the financial planning, the approval of the annual budget and business plans and to perform a risk assessment;
4. to appoint and recall the persons entrusted with the management and representation of the Company and to grant signatory power;
5. to ultimately supervise the persons entrusted with the management, in particular with respect to compliance with the law, the Articles of Association, regulations and directives;
6. to prepare the business report, as well as the General Meeting and to implement the latter's resolutions;
7. to prepare the compensation report;
8. to submit a petition for a debt-restructuring moratorium and to inform the judge in the event of over-indebtedness;
9. to pass resolutions regarding the subsequent payment of capital with respect to non-fully paid-in shares;
10. to pass resolutions on the change of the share capital, to the extent that such power is vested in the Board of Directors, and regarding the consequential amendments to the Articles of Association entailed thereby;
11. to examine compliance with the legal requirements regarding the appointment, election and the professional qualifications of the Auditors;
12. to execute the agreements pursuant to Articles 12, 36 and 70 of the Merger Act.
13. Performing other non-transferable and inalienable duties as provided by law.

If the office of the Chairman of the Board of Directors is vacant, the Nomination and Compensation Committee is not complete or the Company does not have an Independent Proxy, the Board of Directors shall appoint a substitute for the time period until the conclusion of the next ordinary General Meeting that must be - with the exception of the Independent Proxy - a member of the Board of Directors.

Article 18: Organization, Minutes

The organization of the meetings, the presence quorum and the passing of resolutions of the Board of Directors shall be in compliance with the organizational regulations.

The chairperson shall have the casting vote.

Minutes shall be kept of the deliberations and resolutions of the Board of Directors. The minutes shall be signed by the Chairman and the keeper of the minutes.

As a rule, physical meetings of the Board of Directors shall take place at the premises of the Company's registered office.

C. THE AUDITORS

Article 20: Duty of Audit, Election, Appointment and Duties of Auditors

The General Meeting shall elect the Auditors pursuant to the provisions of this Article. The Auditors must be registered in the Commercial Register.

The Auditors shall perform a regular audit of the Company's annual financial statements.

The Board of Directors shall monitor compliance with these provisions and nominate for election by the General Meeting such Auditors which meet the respective requirements, in particular, regarding qualification and independence pursuant to the provisions of the CO (Articles 727 et seq.) and the Swiss Audit Supervision Act of 16 December 2005 in the relevant applicable version.

The Auditors' term of office shall be 1 year. It shall end with the approval of the last annual financial accounts. Re-election and revocation for cause are possible at any time.

The Auditors' rights and obligations are those foreseen in Articles 728 et seq. CO.

Article 23: Permitted Additional Activities

The members of the Board of Directors may have the following **comparable functions at other companies with an economic purpose**, ~~other functions in the superior management or administrative bodies of legal units obliged to register themselves in a Swiss commercial register or a foreign equivalent thereof and which are not controlled by the Company, do not control the Company or do not constitute pension funds insuring employees of the Group:~~

1. up to 10 mandates as member of the board of directors or any other superior management or administrative body of publicly traded companies pursuant to Article 727 para. 1 number 1 CO; and, in addition,
1. up to 15 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of companies pursuant to Article 727 para. 1 number 2 CO; and, in addition,
2. up to 20 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of legal entities that do not meet the above mentioned criteria,
3. up to 10 mandates in associations, charity foundations and employee assistance foundations.

With the approval of the Nomination and Compensation Committee, the members of the executive management may have the following **comparable functions at other companies with an economic purpose**, ~~other functions in the superior management or administrative bodies of legal entities obliged to register themselves in a Swiss commercial register or a foreign equivalent thereof and which are not controlled by the Company, do not control the Company or do not constitute pension funds insuring employees of the Group:~~

1. up to 2 mandates as member of a Board of Directors or any other superior management or administrative body of publicly traded companies pursuant to Article 727 para. 1 number 1 CO; and, in addition,
2. up to 3 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of companies pursuant to Article 727 para. 1 number 2 CO; and, in addition
3. up to 5 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of other legal entities that do not meet the above mentioned criteria.

With respect to the additional activities of both the members of the Board of Directors and the executive management, various mandates in companies that are under uniform control or the same beneficial ownership are deemed one mandate.

Article 24: Agreements related to Compensation for Members of the Board of Directors and the Executive Management

The mandate agreements of the members of the Board of Directors have a fixed term until the conclusion of the next ordinary General Meeting. Early termination or removals remain reserved.

The employment agreements of the members of the executive management shall in principle be concluded for an indefinite period. If the Board of Directors considers a fixed term appropriate, such fixed term shall not exceed 1 year. With respect to employment agreements entered into for an indefinite period, the maximum notice period must not exceed 12 months.

Non-competition clauses for the period after termination of the employment contract are permitted **to the extent that this is justified from a business perspective**. To compensate for such non-competition obligations, a payment **not exceeding, in aggregate, the average of the compensation paid to such member during the last three financial years prior to termination of the employment contract**. ~~of up to the latest received fixed annual compensation of the member may be paid during maximum one year.~~

Article 28: Loans, Credits, Pension Benefits other than from Occupational Pension Funds, Securities

[Editorial changes in the German version only.]

Article 29: Additional Amount of Compensation for New Members of the Executive Management

If newly appointed ~~or promoted~~ members of the executive management take office after the General Meeting has approved the aggregate maximum amount of compensation of the members of the executive management for the next business year, such newly appointed ~~or promoted~~ members may receive for the period until the next ordinary General Meeting an aggregate compensation in each case of up to 50% of the last aggregate amount of compensation for the executive management approved by the General Meeting.

This additional of compensation amount may only be paid, if the aggregate amount of compensation for the executive management that has been approved by the General Meeting until the next General Meeting is not sufficient to compensate the newly appointed ~~or promoted~~ members. The General Meeting may not vote on this additional amount.

Within this additional amount of compensation, the Company can pay a bonus to compensate a newly joining member of the executive management for incurred verifiable financial disadvantages in connection with the change of employment. If the additional amount is not sufficient enough to compensate for the disadvantages / to pay the bonus, the part of the bonus surpassing the additional amount has to be approved by the next ordinary General Meeting.

Article 31: Notices and Announcements

The publication instrument of the Company is the Swiss Official Gazette of Commerce and the Electronic Federal Gazette **respectively the Company Register** during the period of the admission of the shares on the Frankfurt Stock Exchange or any other German stock exchange. The Board of Directors may designate further means of publication.

Notices by the Company to the shareholders and other announcements shall be published in the Swiss Official Gazette of Commerce and in the Electronic Federal Gazette **respectively in the Company Register** for all notices and other announcements during the period of the admission of the shares on the Frankfurt Stock Exchange or any other German stock exchange.

VIII. FURTHER PROVISIONS

Article 32: Contribution in Kind

The Company intends, after its incorporation, to acquire from ATON GmbH (HRB 193331), a company with registered office in Munich (Germany), all the shares of EDAG Engineering Schweiz Sub-Holding Ltd with registered office in Arbon (formerly: EDAG Engineering Group AG, CHE 138.660.530), namely 25'000'000 registered shares with a nominal value of CHF 1.00 each without consideration (i.e. a subsidy to the capital contribution reserves).

Article 33: Incorporation Fees

The Company shall bear the incorporation fees up to an estimated amount of CHF 500'000.

Article 23: Permitted Additional Activities

The members of the Board of Directors may have the following comparable functions at other companies with an economic purpose, which are not controlled by the Company, do not control the Company or do not constitute pension funds insuring employees of the Group:

1. up to 10 mandates as member of the board of directors or any other superior management or administrative body of publicly traded companies pursuant to Article 727 para. 1 number 1 CO; and, in addition,
2. up to 15 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of companies pursuant to Article 727 para. 1 number 2 CO; and, in addition,
3. up to 20 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of legal entities that do not meet the above mentioned criteria,
4. up to 10 mandates in associations, charity foundations and employee assistance foundations.

With the approval of the Nomination and Compensation Committee, the members of the executive management may have the following comparable functions at other companies with an economic purpose, which are not controlled by the Company, do not control the Company or do not constitute pension funds insuring employees of the Group:

1. up to 2 mandates as member of a Board of Directors or any other superior management or administrative body of publicly traded companies pursuant to Article 727 para. 1 number 1 CO; and, in addition,
2. up to 3 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of companies pursuant to Article 727 para. 1 number 2 CO; and, in addition
3. up to 5 mandates as member of the Board of Directors or any other superior management or administrative body of other legal entities that do not meet the above mentioned criteria.

With respect to the additional activities of both the members of the Board of Directors and the executive management, various mandates in companies that are under uniform control or the same beneficial ownership are deemed one mandate.

Article 24: Agreements related to Compensation for Members of the Board of Directors and the Executive Management

The mandate agreements of the members of the Board of Directors have a fixed term until the conclusion of the next ordinary General Meeting. Early termination or removals remain reserved.

The employment agreements of the members of the executive management shall in principle be concluded for an indefinite period. If the Board of Directors considers a fixed term appropriate, such fixed term shall not exceed 1 year. With respect to employment agreements entered into for an indefinite period, the maximum notice period must not exceed 12 months.

Non-competition clauses for the period after termination of the employment contract are permitted to the extent that this is justified from a business perspective. To compensate for such non-competition obligations, a payment not exceeding, in aggregate, the average of the compensation paid to such member during the last three financial years prior to termination of the employment contract.

Article 28: Loans, Credits, Pension Benefits other than from Occupational Pension Funds, Securities

[Editorial changes in the German version only.]

Article 29: Additional Amount of Compensation for New Members of the Executive Management

If newly appointed members of the executive management take office after the General Meeting has approved the aggregate maximum amount of compensation of the members of the executive management for the next business year, such newly appointed members may receive for the period until the next ordinary General Meeting an aggregate compensation in each case of up to 50% of the last aggregate amount of compensation for the executive management approved by the General Meeting.

This additional of compensation amount may only be paid, if the aggregate amount of compensation for the executive management that has been approved by the General Meeting until the next General Meeting is not sufficient to compensate the newly appointed members. The General Meeting may not vote on this additional amount.

Within this additional amount of compensation, the Company can pay a bonus to compensate a newly joining member of the executive management for incurred verifiable financial disadvantages in connection with the change of employment. If the additional amount is not sufficient enough to compensate for the disadvantages / to pay the bonus, the part of the bonus surpassing the additional amount has to be approved by the next ordinary General Meeting.

Article 31: Notices and Announcements

The publication instrument of the Company is the Swiss Official Gazette of Commerce and the Electronic Federal Gazette **respectively the Company Register** during the period of the admission of the shares on the Frankfurt Stock Exchange or any other German stock exchange. The Board of Directors may designate further means of publication.

Notices by the Company to the shareholders and other announcements shall be published in the Swiss Official Gazette of Commerce and in the Electronic Federal Gazette **respectively in the Company Register** for all notices and other announcements during the period of the admission of the shares on the Frankfurt Stock Exchange or any other German stock exchange.